

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 46, durch die Zweigstellen Postfachstraße 28, bei Junges, die Buchhandlung der „Volkswacht“ Neue Hauptstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1.20 M., monatlich 5.10 M., vierteljährlich 13.30 M. (einschließlich Postgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.30 M. (ohne Postgebühr) frei ins Haus durch die Post monatlich 0.10 M., vierteljährlich 13.30 M.

Anzeigenpreis: Je Zeile für die erste Woche 2.50 M., für die zweite Woche 2.00 M., für die dritte Woche 1.50 M., für die vierte Woche 1.00 M., für die fünfte Woche 0.50 M., für die sechste Woche 0.30 M., für die siebente Woche 0.20 M., für die achte Woche 0.15 M., für die neunte Woche 0.10 M., für die zehnte Woche 0.05 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitage 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Baltikumer in Schlesien.

Macht Ernst mit der Entwaffnung!

Die militärische Geheimbündelei in Schlesien.

Wer heute einen Blick in die Auslandspressen hineinwirft, weiß, womit gewisse Pariser Feuilleter Deutschland am wirksamsten jede Aussicht für die Londoner Verhandlungen zu verbauen vermögen. Es ist der Hinweis, auf die Vertragsuntreue und Unzuverlässigkeit der Reichsregierung gegenüber den in Spa unterzeichneten Entwaffnungsbedingungen. Bayerns Festhalten an dem Besitz der Orgesch-Gewehre und der sehr zweideutige Rückzug der Kahr-Regierung werden kräftig ausgeschlachtet. In der Tat ist es wohl nur in Deutschland möglich, daß herrschende Klassen ihr Vaterland lieber den schmerzlichen wirtschaftlichen Bedrohungen aussetzen, als daß sie den Waffenrest abgeben, der heute doch nur noch zur Drohung mit dem inneren Bürgerkrieg, zur Niederhaltung der Arbeiter benutzt werden kann. Aber wir wollen nicht behaupten, daß etwa Bayern der einzige Teil Deutschlands ist, in dem das möglich ist. In Preußen greift heute noch der sozialdemokratische Minister Severing, in der inneren Verwaltung mit kräftiger Hand durch. Schon die Justiz, die den Bürgerlichen geblieben ist, verlagert. Auf Krasselt wird das durch das Urteil beleuchtet, mit dem in Waldenburg der Verfasser der von uns veröffentlichten Orgesch-Kampfpäne, Leutnant Müller freigesprochen wurde, weil er sich über sein Gebahren nicht ganz klar gewesen sei.

Wie wird Preußen nach dem 20. Februar aussehen? Werden wir die Justizverwaltung auf Grund des Wahlergebnisses mit einem Sozialdemokraten besetzen können, der hier endlich einmal aufräumt? Werden die Wahlen Severings entschlossene Demokratisierungspolitik eine genügende Stütze geben? Die Tatsache, daß die Londoner Verhandlungen auf den 1. März verschoben sind, also so lange, bis das Preußenwahl-Ergebnis im Ausland übersehen werden kann, sollte vernünftigen, wahlmündigen Deutschen, mögen sie im übrigen stehen, wo sie wollen, die Antwort auf diese Fragen am 20. Februar leicht machen. Wer der Politik der nationalen Phrasen folgt, wer die Orgeschpartei führt, die, wie die Deutsche Volkspartei im Reich die Entwaffnungsunterschriften, in Preußen sie aber wieder sabotieren, der ruiniert Deutschland!

Man komme uns ja nicht mit der Behauptung, daß es in Preußen doch keine militärischen Geheimorganisationen mehr gäbe. Wir sind in der Lage, für Breslau nächste Umgebung, aber nicht nur für Schlesien allein, das Gegenteil nachzuweisen, und im Interesse der Abwendung des Pariser Wirtschaftsdiktats halten wir es für unsere Pflicht, die uns bekannten Tatsachen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Weg zu den Londoner Verhandlungen muß durch ehrliche Entwaffnung freigemacht werden. Die vergrabenen Bürgerkriegsgewehre und die geheimen militärischen Organisationen dürfen nicht nur in Statistiken und amtlichen Erklärungen abgeleugnet werden, sie müssen restlos wirklich verschwinden, wenn nicht immer wieder neue außen- und innenpolitische Krisen jede Aussicht auf ruhigen Wirtschaftsaufstieg vernichten sollen.

Das Material, das wir von einer Reihe verzerrter militärischer Geheimbündler selbst vorgelegt erhielten, und durch

andere Gewährsmänner nachprüfen lassen konnten, ergibt, daß in Berlin-Mariensee, Otto Erichstraße Nr. 10, der verächtliche Baltikumer, Leutnant Köhler, in der Villa seiner Mutter weiterhin eine große Geschäftsstelle mit einer Reihe von tätigen Offizieren, Schreibern usw. unterhält, mit denen er in den verschiedensten Teilen Deutschlands keine Baltikumer als militärische Geheimorganisation mit Unterstützung großagrarischer Kreise weiterorganisiert. Die Soldaten werden meist als bewaffnete „Selbstwächter“ zu je 4 Mann auf ein Gut gelegt, kommen aber auch als „Landwächter“ oder als „Friedliche“ aus Oberschlesien oder unter anderer Mäcke unter. Sie bekommen, um die Landarbeit zu täuschen, zunächst die tarifmäßige mit dem Landarbeiterverband vereinbarten Löhne. Außerdem aber kriegen sie aus dem Geheimfonds der Organisation gegen Unterschrift eines politischen Verpflichtungsscheines einen beträchtlichen Zuschuß (sogenannte Teuerprämie). Der dafür benötigte Geheimfonds wird durch eine Umlage bei den großen Gutsherrn aufgebracht. Im Landkreis Breslau beträgt der jährliche Mindestbeitrag jedes beteiligten Agrariers 600 Mark; die meisten bezahlen natürlich mehr. Im ganzen sind allein im Landkreis Breslau auf die Weise mindestens 200 Bewaffnete untergebracht. In den Kreisen Glogau und Oels wird gegenwärtig kräftig organisiert, während man im Kreise Trebnitz nach der bekannten Verhaftung des Hauptmanns Schube in der Organisation wieder sehr zurückgegangen ist, nachdem man dort die Ausübung bereits für ein ganzes Bataillon fertig liegen gehabt hatte.

Zivillisten der Organisation im Landkreis Breslau ist Oberleutnant v. Johnson in Bischof. Tätigster Leiter und Anwerber für neue Soldlinge Leutnant Michael, hier, Neuborstraße 99. Der von der „Volkswacht“ gelegentlich erwähnte Leutnant Hoffmann ist, wie wir gerichtlich feststellen müssen, nur an untergeordneter Stelle der Organisation beschäftigt.

Von Großagrariern sind besonders eifrig Förderer der Rittergutsbesitzer Sammann von Delfen, Kischow, Kitzmeyer v. Kersch und auch die in der Umgebung von Breslau mit großen Gütern reichgelegnete Firma v. Rath, Schoeller u. Stene. Hauptmann von Delfen treibt die Sache ganz besonders offenerhand. Vor uns liegen zwei Dugend verschiedene von Anzeigen, in denen er immer wieder teils schamhaft „für Nachwächter“, teils ohne solche Maskierung Gewehrmodell 71, Munition, Trommelrohler usw. immer in unbegrenzter Anzahl zu kaufen sucht. In der Kamslauer Gegend nimmt sich jetzt der jüngere Herr von Henbrandt der Sache an, der allerdings erst in der vorigen Woche mit der Organisation beginnen konnte, so daß wir ihn vielleicht womöglich fast zu frühzeitig hören.

Gehen die Mittel zum Waffentausch aus, so riskiert man es wohl auch einmal, Waffen wieder auszugraden, die man an abgelegenen Stellen in großer Menge vergraben hat. So sollen in diesen Tagen aus Rügen Waffen nach Schlesien geschafft werden, die dort auf Insel Wuh und beim Jagdschloß Sirkow vergraben wurden, nachdem der oberleitende Protektor aller reaktionären Bestrebungen Landrat Freiherr von Wallzahn dort abgesetzt worden war. Hier kommen u. a. 8000 Gewehre, Modell 98 in Frage. Vielleicht ist auch noch etwas von den nicht weniger als 24 Flugzeugmotoren zu finden, die dort mit eingegraben wurden.

Die Verpflichtung der Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft erfolgt schriftlich in sehr vorläufiger Form, mündlich desto energischer. Sie werden allesamt Mitglieder der Technischen Hilfsvereine, verpflichten sich, gegen jeden Streik vorzugehen, gegebenenfalls auf die Arbeiter und Sozialisten zu schießen usw. Für die strengste Einhaltung der Disziplin sorgt eine innere Spitzelorganisation der Arbeitsgemeinschaft, die unzuverlässige Elemente streng zu überwachen, eventuell zu „beseitigen“ hat, der S. T. W. (Soldatentreuebund).

Diese Angaben mögen fürs erste genügen, um eine strenge amtliche Untersuchung in die Wege zu leiten. Die gefährliche Waffenpielerei, die uns mit dauerndem Unfrieden im Inland und Ausland bedroht, muß aufhören. Wer mit uns dieser Meinung ist, der sieht am 20. Februar gegenüber der Orgesch und Baltikumern, samt ihren deutschnationalen und völksparteilichen Beschützern die verantwortungsbewußte Politik des preussischen Innenministers, Genossen Severing, und wählt sozialdemokratisch.

Wird Bayern entwaffnen?

Die Quertreiber wieder oben auf!

Es wurde von uns schon darauf hingewiesen, daß in Bayern die Militärs einen scharfen Gegenruck auf das Kabinett Kahr ausübten. Die letzten Mitteilungen der bayerischen Regierung, die wieder einen besonders hohen Grad von Hinterhältigkeit und Unehrlichkeit zeigen, bestätigen, daß dieser Druck stärker zu werden droht, und daß somit nicht nur die Reichsregierung in die größte Verlegenheit kommt, sondern daß auch der Friede und die Sicherheit Deutschlands trotz der anfänglichen Entspannung der Lage abermals auf das ernsthafteste bedroht erscheinen.

Der Eindruck verstärkt sich immer mehr, daß die Regierung Kahr die Gefangenen der bayerischen Militärs nicht freigibt, und daß man in Bayern bereits so weit gekommen ist, gegen den Willen der Vorkämpfer in den Orgesch-Einwohnerwehren und anderen geheimen Klauen nichts mehr zu unternehmen. Es muß sogar jetzt festgestellt werden, daß teilweise Zugeständnisse, die bei der Ministertagung in Berlin von Kahr gemacht wurden, in München unter dem Druck der Offiziere und der Heimseparatisten schon wieder zurückgegeben werden mußten.

Die Gefahr ist groß, daß schon wieder Militärs das Reich in schwere Verwicklungen stürzen. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Ententemächte besteht kein Zweifel darüber, daß die Alliierten ihre Zwangsmassnahmen wegen der Sabotage der geforderten Entwaffnung nicht auf die Belegung Münchens und auf Streifzüge in bayerische Widerstandslager beschränken werden, sondern daß man auf die Gesamtheit an anderen empfindlichen Stellen des Reiches einen starken Druck ausüben wird. Dadurch kann man den Gegensatz zwischen Nord und Süd verschärfen und die Bevölkerung des Ruhrgebietes wird durch die Drangsalen der Besetzung zu Massnahmen gezwungen, unter denen die Arbeiterklasse überhaupt das gesamte deutsche Volk schwer zu leiden hätte. Zwangsläufig muß eine derartige Situation zu schweren Verwicklungen führen: Man muß dabei im Auge behalten, daß feindliche Repressalien wegen der Entwaffnungsfrage viel näher liegen, als wegen der Wiedergutmachung. Kommt es auf Grund der Wiedergutmachung zum Bruch, dann erfolgt erst das feindliche Finanzbillet und erst nach dessen Nichtbefolgung folgen Zwangsmassnahmen in Aussicht. In der Entwaffnungsfrage dagegen gibt es kein Verhandeln mehr. Jeder Widerstand und jeder Sabotageversuch wird hier zweifellos mit sofortigen Gewaltmassnahmen beantwortet werden.

Es muß betont werden, daß die bayerische Regierung ungeschicklich ist, daß aber schließlich nicht sie, sondern die reaktionären Militärs das Wort führen werden. Aus diesen Gründen muß die deutsche Arbeiterklasse das fremde Jagdrevier der bayerischen Königstreuen mit offenen Augen verfolgen und zum entscheidenden Gegenschlag auslösen, wenn uniformierte Katastrophopolitiker der Reichswehr machen sollten, Deutschland in neues Elend zu stürzen. Borelli aber ist es zunächst auch Pflicht der Reichsregierung, endlich zu handeln und das zu sagen, was zu sagen sie seit mehreren Tagen eigentlich beabsichtigt.

Aus Bayern treffen übereinstimmende Nachrichten ein, daß Herr Kahr plötzlich an Grippe erkrankt ist und daß er sich auch mit Rücktrittsgedanken trage. Sollten diese Meldungen zutreffen, so muß bezüglich der Krankheit gesagt werden, daß sie weniger körperlicher als politischer Natur sein wird, und daß die Rücktrittsgedanken lediglich dem Bewußtsein entsprossen, als politischer Staatsbeamter dem Militär gegenüber für alle Zukunft eine Ohnmachtsstellung einnehmen zu müssen.

Deutschnationaler Parteitag.

Ein hervorragender Deutschnationaler, einer von ganz rechts, der die Zustände in seiner Partei einfach nicht mehr aushält, läuft untenbrannt von Redaktion zu Redaktion, um seinen Notruf zu verbreiten. Werden wir geführt? Offenes Wort eines Deutschnationalen zum Wahlkampf? irgendwo unterzubringen. Der Herr Verfasser ist dem „Vorwärts“ herzlich dankbar gewesen, daß er seinen Antrag nach Öffentlichkeit betriebe, indem er sein „Offenes Wort“ zu Gehör der breiten Öffentlichkeit brachte. Es heißt darin unter der Überschrift:

Werden wir geführt?

Offenes Wort eines Deutschnationalen zum Wahlkampf. Es ist gewiß keine alltägliche Erscheinung, daß jemand, der im politischen Leben eine immerhin nicht unbedeutende Stelle einnimmt, vor der breitesten Öffentlichkeit die Stimme erhebt gegen seine eigene Partei. Aber die unglaublichen Dummdheiten, mit denen die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei den Wahlkampf in Preußen führen zu können glaubt, und all die anderen Sachen, die jetzt in der gegnerischen Presse höhnisch angegriffen werden, zwingen jeden, der auch von seiner eigenen Partei peinlich Sachverheit und Unparteilichkeit verlangt, zum Sprechen. Ist es schließlich auch uns überlassen, vielleicht hätte man dies Großkreuzemachen noch bis nach den Wahlen zurückstellen können; nachdem jedoch sogenannte „vertrauliche Mitteilungen“ so „vertraulich“, daß sie nahezu auf der Straße verteilt werden — über die Verhandlungen wegen der Eintritte der Deutschnationalen in das Reichskabinett ein geradezu erschütterndes Bild von der Führerlosigkeit der Deutschnationalen Volkspartei geben, ist es einwandlos verstanden, Pflicht und Schuldigkeit zu sprechen, ohne gerade diese Führerlosigkeit der Partei am 20. Februar eine Grenze bereitet.

Diese „vertraulichen Mitteilungen“ besagen, daß der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Kahr, sich bei den Verhandlungen eine bestimmte Rolle gegeben habe, ja noch mehr, daß er eine Verschwörung im die hat, durch einen recht unglücklichen Akt

Waffenfunde rechts und links.

Breslau, 15. Februar. Vor einigen Tagen beschlagnahmte die Polizei in Westend eine Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 39 Maschinengewehre, 35 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche M.-G.-Munition und M.-Gerät der verschiedensten Art) von einem Professor Dr. Hagl und Genossen nach Westend verbracht worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt ergeben, daß Dr. Hagl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwerkzeugfabrik Berlin Lehrterstraße abgeholt haben. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, führten die nachfolgenden Ermittlungen an Ort und Stelle zur Feststellung und Beschlagnahme eines weiteren außerordentlich umfangreichen Waffenlagers, als dessen Hauptbestandteil 2000 Infanteriegewehre, Modell 1898 zu erwähnen sind. Bei den gefundenen Beständen, von denen in des Lehrterstraße befindlichen und den inzwischen von dort fortgeführten handelt es sich anscheinend um Waffen- und Munitionsvorräte einer früheren militärischen Zeitsfreiwilligen-Formation, die nach Jungenslagers vor etwa 1 1/2 Jahren Korps der genannten Art in dem betreffenden Gebäude untergebracht haben.

Am 14. Februar. Durch die Abteilung Eisenbahnwesen wurden am 14. Februar die Eisenbahnstellen

in Nieder-Bayern bei verschiedenen Personen Hausdurchsuchungen vorgenommen, da der Verdacht bestand, daß in Watzlingen eine Kommunistenzentrale bestünde. Es wurde sehr belastendes Material (Waffen, Munition, Geld, Schriftstücke) gefunden und beschlagnahmt. Der Eisenbahnkassierer Stimmeth wurde in Schamhaft genommen. Wie mag es erst bei Orgesch aussehen! In Bayern wird dort aber nicht gefahndet.

Die Ordnung am Wahltag.

Breslau, 14. Februar. Der preussische Minister des Innern richtet an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlass: Im Hinblick auf die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag wird ersucht, die Polizeibehörden darauf hinzuwirken, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um eine ungehinderte Durchführung des Wahlkampfes, auch im Falle damit verbundener Versammlungen, Kundgebungen und Ordnung zu gewährleisten.

Wente sich etwas zehnten konnten. Monatlang mußten die Leute das Unterzeug tragen und auch er habe sein Hemd drei bis vier Monate am Körper gehabt. Ueber die Verpflegungsvorhältnisse äußert sich der Angeklagte sehr abfällig. Die Suppe sei sehr oft in fester Form verteilt worden, und mußte mit den Seiten gewaschen auseinandergeschlagen werden. Brot hat die Kompagnie fast garnicht gehabt und wenn es ankam, war es fest geforen, so daß es erst im Feuer aufgetaut werden mußte. Die Frage des Vorstehenden, ob die Russen unter den gleichen Verhältnissen lebten, beantwortete Hiller mit Nein.

Es wurde dann ein kriegsgerichtlichcs Urteil vom Februar 1918 verlesen, wonach Hiller wegen vorchriftswidriger Behandlung eines Unteroffiziers (Ohrfeigen und Schlag mit Gewehrkolben) zu einer Woche Stubenarrest verurteilt worden ist.

Hierauf wurde der Arbeiter Richterfeld vernommen. Dieser war mit Helmhafe bei der 12. Kompagnie und hatte beobachtet, wie der Verstorbene an den Baum gebunden war, wie er jammerte und schrie. Richterfeld sagt aus, daß Oberleutnant a. D. Hiller den Helmhafe in den Arrest sperren ließ, weil er nicht zum Gewehreinigen kommen konnte. Der Gruppenführer Kuhn habe dann im Parolebefehl mitgeteilt, daß Helmhafe nichts zu essen bekommen sollte. Auf die Frage des Vorstehenden an Hiller, ob er den Befehl zu dieser Parole gegeben hat, antwortet er verneinend.

Die folgende Vernehmung des Maurers Sebastian Katter aus Frankfurt, der der Kompagnie Hiller als Deserteur zur Bewachung übergeben war, bestätigt die Aussagen des vorhergehenden Zeugen, und fügt hinzu, daß der Angeklagte den Helmhafe eines Tages zur Befestigung aus dem Arrest-Unterstand herausgeholt ließ und dabei sagte: „Schlagt das Schwein doch tot“. Der Zeuge bestätigt zugleich, daß Helmhafe von Hiller getreten und mit einem Bergstock gefoltert worden ist, sowie, daß eine ärztliche Untersuchung nicht stattfand, bevor man Helmhafe in den Arrest-Unterstand brachte, und daß es auch keine regelmäßige Verpflegung war, sondern, daß die Verurteilten mit dem begnügen mußten, was die Kameraden ihnen zubereiteten.

Der Zeuge Berger bekundet, er habe gesehen, wie der Verstorbene von dem Ang. Klagten ins Gesicht geschlagen wurde. Weiter sagt er aus, daß die Gruppenführer den Vorkriegsvorstand des Unterstand eingekerkert hätten, Helmhafe nichts zu essen und zu trinken zu geben. Wörtlich äußert er sich dann: „Ich konnte das Wimmern des Helmhafe nicht anhören, weil er deshalb in das Loch hinein und gab ihm einen Schweißballen, damit er keinen Durst fühlen konnte; obwohl ich Late bin, habe ich sofort gesehen, daß Helmhafe sehr schwer krank sein mußte.“

Die folgenden Zeugen bestätigen im allgemeinen auch das, was die vorhergehenden Vernehmungen über den Soldatenführer Hiller ausgesagt haben. Der Buchdrucker Katter gibt zum Beispiel eine Schilderung mehrerer Fälle von Mißhandlungen durch den Angeklagten. Danach hat Hiller einen jeden Untergebenen mit einem Stock oder mit einer Keilspitze geschlagen, weil er auf dem Marsch in den Karpaten von einer Frau ein Stück Brot genommen hatte. Der Zeuge selbst ist geprügelt worden, weil er eines Nachts einmal ein Streichholz angezündete.

Warum die polnische Mark so wertlos ist.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach dem in polnischen amtlichen Mitteln veröffentlichten Stand der Notenausgabe der polnischen Landesbanknoten vom 20. Januar d. J. war von polnischen Banknoten bis zum 10. Januar ein Betrag von 50 534 699 903 polnischer Mark in Umlauf. In den zehn Tagen vom 10. bis 20. Januar d. J. wurden weitere 1 770 539 254 polnische Mark verausgabt, so daß bis zum 20. Januar 52 305 200 167 polnische Mark in Papier ausgegeben waren.

Genosse Branting schwedischer Ministerpräsident?

Stockholm, 14. Februar. Das Kabinett de Geer ist zurückgetreten, nachdem im Reichstag die Regierungsvorlage über Erhöhung des Kaffeesteuers von 12 auf 80 Oere je Kilogramm abgelehnt worden ist. Der König hat die Mitglieder der Regierung ersucht, vorläufig im Amte zu verbleiben. Am nachmittag hat der König mit dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern verhandelt. Das Blatt „Sozialdemokraten“ erklärt, daß der Gedanke an ein Koalitionskabinett jetzt noch weniger möglich ist, als im Herbst und meint, daß die kommende Regierung denselben Typ haben würde, wie die alte, mit einigen wenigen Personalveränderungen. Die konservativen Presse äußert ihre Befriedigung über den Rücktritt der Regierung. — „Aftonbladet“ gibt ein Gerücht wieder, wonach Branting den Auftrag erhalten hat, das neue Kabinett zu bilden.

England vor dem Eisenbahnerstreik.

Wie die „Press Association“ meldet, hat der Vereinigte Verband der Lokomotivführer und Heizer des Vereinigten Königreiches an alle seine Mitglieder die Weisung ergehen lassen, am 15. Februar die Arbeit einzustellen, vorausgesetzt, daß dieser Streikbefehl nicht vom Vollzugsausschuß des Verbandes widerrufen wird. Nach Mitteilungen Bromleys, des Sekretärs des genannten Verbandes, soll mit dieser Streikdrohung die Regierung gezwungen werden, die bisher noch ausstehende Untersuchung über die Erhöhung zweier Eisenbahner in Mallow, (Irland), die am 31. Januar durch Streikkräfte der Krone erfolgte, unverzüglich zu eröffnen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ortsgruppe Schwolisch. Die öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, die am 11. Februar im Saale bei Kau stattfand, erfreute sich eines außerordentlich guten Besuchs. Die Rede der Genossin, Stadtvorordnete Franz, über den Groß-Wahlkampf am 20. Februar 1921 wurde mit lebhaftem Interesse entgegengenommen. Lautlose Stille herrschte während des Vortrages; ein Zeichen, daß die Rednerin den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Als Gegenredner trat ein jugendlicher Kommunist auf, der aber mit wenigen Worten erledigt wurde. Die anderen zogen es lieber vor, über das Gehörte nachzudenken. Nachdem Genossin Franz die Anwesenden noch über die technische Durchführung der Wahl aufgeklärt hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. — Eine Tellerjammlung brachte 39,10 Mark.

Aus der Provinz Schlesien. Stellungnahme der Landarbeiter zum Verrat am Deutschen Landarbeiterverband.

Liegnitz, 14. Februar. In der am Sonntag, 8. Februar dieses Jahres, im Gewerkschaftshause tagenden Kreis-Konferenz nahmen die Landarbeiter Stellung zu dem an der Arbeiterschaft verübten Verrat.

Der Saal war derartig besetzt, daß kein Platz für später Kommende zu finden war.

Der Kreisleiter Marschall, Liegnitz, eröffnete die Konferenz mit den Worten der Begrüßung und erteilte als erstem Redner dem Gauleiter, Kollegen Klippel, das Wort.

Redner wies darauf hin, warum die Landarbeiter ihre Vertreter entsandt hätten, — um Aufklärung zu erhalten über die ausgestreuten Verleumdungen gegen die Organisation und ihre Führer, die von einer gewissen Presse, die im Dienste der Junter steht, welche die Macht in Preußen erstreben, verbreitet wird. Nun, da die Landarbeiter, endlich befreit von Fehdeordnung und Ausnahmegeetzen, in der Lage sind, durch eigene Kraft ihr elendes Los zu verbessern, greifen die Reaktionsäre zu den schamlosesten Mitteln, um uns nieder zu knüppeln. Treffend schilderte der Redner das Leben auf der Gegenseite, wo Brunt und Verschwendungssucht keine Grenzen kennt, wie all der Luxus, all die Schlemmereien von dem Ertrage der Arbeit des Landarbeiters bezahlt werden. In elenden Hütten, die keiner menschlichen Wohnung gleichen, muß der Arbeiter vegetieren, wogegen von seinen der Junter wohl Luxusfälle gebaut werden, für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen aber nichts getan wird, obwohl das Junterium in den Zeiten des Wohlstandes genug Zeit hatte, die himmelschreienden Verhältnisse zu bessern.

Gebärdeter Beifall konnte die treffenden Ausführungen des Kollegen Klippel, und schon während des Vortrages gaben die aufmerksamen Zuhörer kund, daß ihnen Kollege Klippel aus dem Herzen sprach.

Bei der jetzt folgenden Aussprache wurden von mehreren Kollegen einige Punkte der Richtlinien gestreift.

Kollege Biernat schilderte das Vorgehen der Arbeitgeber in Punkt Viehhaltung und in der Polenfrage. Er führte an, daß es doch nur der Ausfluß deutsch-nationaler Gesinnung ist, daß man den einheimischen Arbeiter mit Füßen tritt, und die Innehaltung der Tarife vor den Schlichtungs-Ausschüssen erlämpfen muß.

Alsdann berichtete Kollege Klippel über das Zustandekommen der Landarbeitershilfe. Er schilderte den wahren Charakter eines Beschnitt, Ansoerge und Karl Hoffmann material dar, daß die in anonymen, und mit Karl Hoffmann manns. Kollege Klippel legte an der Hand von Zahlen-unterschieden, verbreiteten Flugblätter gemachten Angaben Lüge frei. Von wem werden die Flugblätter, und die Arbeitervertreter, Hochkappler und Erpresser bezahlt? — Vom deutsch-nationalen Juntertum! Gauleiter Biernat wies nach, daß alle Organisationen, Landbund, Kaffeisen und dergleichen, höhere Preise gefordert haben, daß demnach die Landarbeitershilfe immer noch größere Vorteile hat. Trödler hatten versucht, bei der Landarbeitershilfe Schuhwaren zu kaufen, um diese mit Verdienst weiter zu veräußern. Kollege Jergang bekämpfte, daß ein Trödler von ihm selbst 180 Mark für ein Paar Stiefeln verlangte.

Aus der Versammlung heraus wurde erklärt, daß man einen Beschnitt nicht vermisst. Der Charakter des ehemaligen Führers Zschalings wurde treffend beleuchtet. — Verließ sich doch der tapferer Arbeiter-Verräter selbst das Eisener Kreuz 1. Klasse, was er sich einst bei Zusammenkunft mit den Arbeitgebern anlegte. Wie er innerlich mit diesen Leuten harmonierte, so wollte er auch äußerlich im Glanz der Tappengehenden nicht nachsehen. Einen Beschnitt, Ansoerge und Karl Hoffmann werden die Deutsch-nationalen von ihren Hochschönen nicht los werden.

Wie groß die Not der Junter ist, schilderte ein Kollege,

der sie durch die Schiebereten in Parawitz, Derschwitz u. a. m. als Schieberpartei kennzeichnete.

Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die am 6. Februar in Liegnitz versammelten Ortsgruppenführer und Vertreter der 6400 organisierten Landarbeiter des Kreises Liegnitz nahmen mit Entrüstung Kenntnis von den Verbrechen des früheren Gauleiters Beschnitt. Sie beschließen die Deutsch-nationale Volkspartei zu dem Mitgliedsberzueh des Beschnitt, der sich nicht schonte, monatlang, wo er noch den Gehalt von den Landarbeitern bezog, der Partei der Junter und Rittergutsbesitzer als Vertreter zu dienen.

Die Uebergabe von Aktien, dem Deutschen Landarbeiterverband gehörig, an die Deutsch-nationale Volkspartei durch Beschnitt beleuchtet recht deutlich die Moral der Junterpartei als Erben ehemaliger Raubritzer.

Mit Ekel wenden sich die einfachen Landarbeiter von den teils anonymen, teils mit einem Namen Karl Hoffmann-Liegnitz, unterzeichneten, verbreiteten Flugblättern ab, welche von Lügen und Verleumdungen strotzen. Sie empfinden die in diesen Subskripten aufgestellten Berechnungen über die Warenabgabe der „Landarbeitershilfe“ als niedrige und gemeine Vergiltung öffentlicher Meinung gegen ein Unternehmen, welches nachweislich alle Waren besser und billiger verkaufte, als Arbeitgeber-Verbände, Landbünde, und ganz besonders der freie Handel. Die Landarbeiter erklären, weder überparteiisch, noch bemüht zu sein, wo dies geschehen ist, ist es ohne Wissen der Leitung durch den sich als Hochkappler entpennenden Geschäftsführer Ansoerge erfolgt, durch dessen Unterschlagungen bedauerlicherweise diese gefährliche Einwirkung zum Schaden der Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes geschlossen werden mußte.

Tiefste Verwunderung aber drücken die Versammelten darüber aus, daß sich die zur guten Gesellschaft zählenden deutsch-nationalen Volksparteiler neben dem Verleumder Hoffmann auch diesen Hochkappler als Werkzeug gebunden haben, um Uneinigkeit in die Reihen der organisierten Landarbeitershilfe zu bringen; sie erachten in diesen politischen Brunnenvorgütern nichts weiter, als Elemente, die um schändlichen Gelbes willen ihr Werkverderben betreiben, nachdem sie durch ihre Unterschlagungs- und Erpressertat von dem Deutschen Landarbeiterverband und der Landarbeitershilfe nichts mehr erreichen konnten.

Die ganzen Machinationen sind inkonkret, um für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen Sitzenfang zu betreiben, andererseits, um den Landarbeitern, welche in einem schweren Kampf um einen neuen Lohnarif stehen, diesen zu erschweren, oder unmöglich zu machen. Diesen Verrat und Machinationen zu bekämpfen, erachten die Landarbeiter als ihre heiligste Pflicht, und geloben, ihre Mitglieder dahin aufzuklären, am 20. Februar reiflos ihre Stimmen der alten S. V. D.

(Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) zu geben. Sie fordern die gesamten Landarbeiterschlesien auf, den Unfeinden dieser zur gerichtlichen Verurteilung überlieferen Verräter keinen Glauben zu schenken, fest und treu zum Deutschen Landarbeiterverband zu stehen, jede Gelegenheit zu dessen Stärkung zu benutzen, und ihren eigenen Führen durch größtes Vertrauen ihre schwersten Aufgaben für das Wohl der Landarbeiter zu erleichtern.

Einstimmig lehnt die Konferenz die vom Provinzial-Arbeitsgeber-Verband herausgegebenen Richtlinien ab, und erwartet, daß durch erneute Verhandlungen ein der heutigen Notlage der Landarbeiter entsprechender Tarif zustande kommt. Sie verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß durch höchstmögliche Arbeitsleistung die landwirtschaftliche Produktion derart gesteigert wird, um die Ernährungsnot des deutschen Volkes zu beseitigen.

Bereinstalender.

Deutscher Textilarbeiter-Verband. Heute Dienstag 5 Uhr im Gewerkschaftshaus: Textilarbeiter-Versammlung. Gemeindefreier Zimmermann-Breslau spricht über: „Wie stellt Ihr Euch, Ihr wertvollen Frauen und Mädchen, zum gegenwärtigen und künftigen Wirtschaftslieben?“ Nur Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben Zutritt.

Achtung, arbeitslose Transportarbeiter! Zwecks Auszahlung einer Postallunterstützung sind die Mitgliedsbücher bis Freitag, den 18. Februar, im Verbandsbüro, von 9-12 Uhr vormittags oder im Arbeitsamt abzugeben. (Siehe Inserat.)

Zentralverband der Hausangestellten. Achtung, Hausmeister! Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal: Mitglieder-Versammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Wer Küchenabfälle unter das sonstige Müll mengt oder verkommen läßt, veründigt sich am Allgemeinwohl!

Jipoli Schispiele
Niederstraße 38.
Nur 3 Tage!
Das große glänzende Programm!
Der gewaltige Film Maria Tudor
Königin von England, mit Ellen Richter
Auch in diesem geschichtl. Ereignis, welches von Viktor Hugo so lebenswahr geschildert und danach verfilmt wurde, erndigt die Gänzlichkeitswirtschaft, wie bei Madame Dubary, mit dem Tode auf d. Schaffot.
Der Fürst der Diebe in: Spuk auf Schloss Miry
Großes Abenteuer-Drama voll Sensationen. 1927
5 große Akte.
Dulce und Liebe
n. frei! Walter: mit Lustspiel
3 große Akte.

Kaufen Sie
DIXIN
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket
Alleinige Fabrikanten:
Bayer & Cie., Düsseldorf.

Achtung! Arbeitslose Transportarbeiter (in)
Zwecks Auszahlung einer Postall-Unterstützung sind die Mitgliedsbücher bis Freitag, den 18. Febr., im Verbandsbüro (9-12 Uhr vorm.) oder Arbeitsamt abzugeben.
Die Ortsverwaltung
A. A. Sent.
Gesellschaftshaus „Wratistawia“
Dobiesz: 8 Pfingst 1928
Münsterplatz 4. Tel. 2679
Heute, sowie jeden Dienstag, 5 1/2 Uhr.
Gesellschafts-Hall.

Wasche mit Brigol
1488
Vorzügliche Waschkraft: Sparjam
Greift die Wasche nicht an.
Preis pro Pack (250 g) 1.75 Mk.
Kranen- u. Bierbottle „Beständig“
Biering, den 22. Februar 1928, abends 7 Uhr
Ordnung General-Versammlung
im Restaurant „Königsberg“, Kollwitzplatz 12.
Tagessatzung:
Mittag 12 Uhr und 16 des Stages.
Die Mitglieder, welche sich nicht an der Tagessatzung beteiligen wollen, sind in dem Saal des Gewerkschaftshaus nicht zu erscheinen. Die Mitglieder, welche sich an der Tagessatzung beteiligen wollen, sind in dem Saal des Gewerkschaftshaus zu erscheinen. Die Mitglieder, welche sich an der Tagessatzung beteiligen wollen, sind in dem Saal des Gewerkschaftshaus zu erscheinen.

Stumpfwaren, Telkolagen, Handlöhne
auch von Sommerartikeln zu Engrospreisen
Berliner Straße 28, neben dem...
17881

EINFACHE MÖBEL
Berliner Straße 28, neben dem...
17881

Gesellschaftshaus
Berliner Straße 28, neben dem...
17881

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Februar 1921.

Sozialdemokratischer Verein.

Beamte und Eisenbahner!

Besucht heut abend alle die Versammlungen. — Die Vertrauensleute aller Sparten treffen sich zur Organisierung der Versammlungsordnung überall eine Stunde vor Beginn.

In Gräßchen Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Jägerhof“, Gräßchener Straße 181/183: Volks-Versammlung.

Es spricht Genosse Mahe über: „Deutschlands Totengräber an der Arbeit!“

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr: 37 Frauen-Versammlung

in allen Distrikten. — Genossinnen! Frauen! Sorgt durch lebhafteste Agitation für guten Besuch.

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Zu Stahl müssen wir werden!“ sagte Wilhelm, da sich er nach Holland. —

„Wir nahmen uns Front planmäßig in eine vorbereitete Stellung zurück“, meinte die Heeresleitung im Dezember 1916, da hatte sie Hunderte von Gefangenen im Fosseswalde bei Verdun stehen lassen und 10 000 Gefangene verloren. —

„Wir zeichnen den Feinden die Friedenshand!“ sagte die Regierung, da erklärte sie den U-Boot-Krieg.

„Die Amerikaner können nicht jagen und nicht schwimmen!“ sagte der deutsch-nationale Helfferich, da standen 2 Millionen amerikanische Soldaten mit unzähligen Tanks in Frankreich.

„Die Stimmung der Truppen ist ausgezeichnet!“ schrieb der Kriegsberichterstatter, da speiste er beim Stabe des Armeekorps-Kommandos. —

„Was Silber dem Vaterlande!“ brüllten die Patrioten, da brachten sie es im Frühjahr 1920 schmunzelnd angehängelt, als es 8 Mark für die Silbermark gab. —

„Wir müssen durch Arbeit das Vaterland wieder hochbringen.“ sagte ein Fabrikant, da ließ er für 1200 Mark Schnaps und Nikot anfahren.

„Es sind schwere Zeiten“, sagten die Unternehmer, da bekam einer ein Reitpferd als Geburtstagsgeschenk.

„Wir schaffen Arbeit und Brot!“ sagte die bürgerliche Regierung, da gab es eine Million Arbeitslose und die Kartoffeln kosteten 35 Mark pro Zentner.

„Wir werden einmal deutsch mit unseren Feinden reden“, sagten verschiedene, da kamen sie recht kleinlaut von Spa zurück.

„Die hohen Löhne sind unser Ruin“, sagte die Aktien-Gesellschaft, da verteilte sie 30 Prozent Dividende und Grafsaktien.

„Die Sozialdemokraten sind vaterlandslose Gesellen“, sagten die Patrioten, da hielten die Arbeiter 4 Jahre lang die Front.

„Mit Gott für Kaiser und Reich!“ sagte ein Patriot, da ließ er sich unabschämlich erklären.

„Die Revolution hat die Front erledigt“, sagte ein anderer, da hatte er während des ganzen Krieges in der Etappe gefessen.

„Die Arbeiter sabotieren den Steuerabzug“, schrien die Kapitalisten, da hatten sie 52 Milliarden ins Ausland verschoben. —

Macht es nach!

In Chemnitz veranstalteten unsere Genossen eine „Rote Woche“. In dieser einen Woche sind über 2000 neue Parteimitglieder und mehr als 2200 neue Leser der „Volkswacht“ gewonnen worden. Im wesentlichen ist diese Arbeit von Betriebsvertrauensleuten geleistet worden.

Sozialdemokratische Betriebsvertrauensleute von Breslau macht es den Chemnitzern nach!

Die Aufrechten und ihr Kaiserlicher Herr!

Die „Schlesische Zeitung“ die vom Rapp-Busch her den Breslauer Arbeitern noch in angenehmer Erinnerung ist und der es offenbar daran liegt, bei ihnen ihren guten Ruf nicht einzubüßen, empfahl jüngst in einer Besprechung eine vom Bund der Aufrechten herausgegebene Broschüre „Warum sind wir Monarchisten?“ Das Blatt führte aus, daß sich die Anhänger der Monarchie schon längst nach einer so klaren und vortrefflichen Zusammenfassung aller Gründe, die für die Monarchie sprechen, gefehlt hätten und ein Hochgefühl der Befriedigung empfänden müßten, endlich eine herartig vorzügliche knappe Propaganda-Schrift für den monarchischen Gedanken zu haben.

Eine solche geistige Anpreisung kann schlechterdings nicht mehr übertrieben werden. Denn dieses „ausgezeichnete“ Werk propagiert den monarchischen Gedanken mit geradezu kläglichem Eifer. In der Form eines Zwiegesprächs zwischen einem Republikaner und einem Monarchisten, in dem der Republikaner nebenbei bemerkt, immer nur einige Worte äußern darf, während der Monarchist sich in behaglicher Breite ergeht, wird dem Republikaner vollendete Trutzhaftigkeit nachgewiesen. Nach allseitigen theoretischen Bemerkungen über den Wert der Monarchie geht der Monarchist zunächst dazu über, Wilhelm II. in Schutz zu nehmen, indem er auf die Leute, die ihn falsch unterrichteten, in erster Linie also auf General Gröner, und den roten Prinzen Rag von Baden, dem er in der liebenswürdigen Tonart der Ebel-Monarchisten nichts weniger als einen gemeinen Schurkenstreich vorwirft, die Schale seines Jörnens ausgießt. Die Darlegungen des Republikaners, daß der Kronprinz ein ganz minderwertiger Mensch, ein Kriegsheld und ein Weiberheld sei, weiß der Monarchist mit aller Entschiedenheit zurück. Der Kronprinz mag als junger Mann sein Leben genossen haben, wie fast alle anderen. Gerade der Republikaner, der für unbedingt individuelle Freiheit eintritt, sollte ihm daraus am wenigsten einen Vorwurf machen. Ganz wohl ist aber dem Monarchisten weder bei der Erwähnung des Vaters, noch bei der des Sohnes. Er ist bereit, über den Verzicht auf den Thron, den der Kaiser und der Kronprinz ausgesprochen haben, mit dem Republikaner zu reden und würde unter Umständen diese beiden Verzichtserklärungen, so viel auch dagegen spricht. In diesem Fall tritt jedoch der älteste Sohn des Kronprinzen ein, der kleine Prinz Wilhelm, der eben 14 Jahre alt ist. Wir sind dem Monarchisten dankbar, daß er uns über die Persönlichkeit des vierzehnjährigen einige Angaben macht, die uns bisher nicht zugänglich waren.

„Die Defensivität kennt ihn nicht“, erklärt er, „aber alle, die es beurteilen können, sagen, daß er ganz auffallend an seinen Vorfahren, den alten Kaiser Wilhelm erinnert, daß er ein be-

gabter, pflichtfertiger, bescheidener junger Mensch ist, auf den wir die schönsten Hoffnungen setzen dürfen. Die schwere Jugend, die er durchlebt, wird läuternd auf ihn einwirken und er wird schneller zum Mann heranreifen, als es sonst der Fall wäre.“

Bescheidenheit ist freilich eine Eigenschaft, die das Hohenzollernhaus gebrauchen kann. Bisher ist sie daselbst wenig vertreten und man sieht bisher nicht recht, von welcher Seite dieses Erbteil der Bescheidenheit dem Hohenzollernproph geworden ist. Auch Wilhelm könnte besagtem jungen Mann nicht schaden und wird ihn für sein Fortkommen in der Welt über nützlich sein. Wir unterziehen uns daher, diese Eigenschaften an uns erproben zu lassen. Wir haben mit dem Gegenteil dieser beiden Gaben bei den Hohenzollern zu böse Erfahrungen gemacht. Mag also der junge Mann ruhig schneller zum Manne heranreifen, als dies sonst der Fall wäre und geläutert werden. Wir haben weder Bedarf nach reifen vierzehnjährigen noch nach unreifen jehzigjährigen Majestäten.

Persönliche Liebenswürdigkeiten

erweisen mir die „Schlesische Arbeiterzeitung“ und die „Freie Meinung“. Das Kommunistenblatt bringt einen falschen Bericht über meine Diskussionsrede in der demokratischen Wahlversammlung. Es erklärt mich für einen mehr als „glühenden Nationalisten“, weil ich gegenüber Angriffen des kommunistischen Referenten — die Beschlüsse der Internationale verteidigte und allerdings ausführte, daß sie im Interesse des deutschen Volkes lägen. Alle weiteren Ausführungen gegen rechts läßt die Arbeiterzeitung dann weg, wie ja auch der kommunistische Schreiber in der Versammlung selbst schweigsam blieb — und dafür bekommt dann ich Grundrügen, über deren Ton ich mich nicht beschweren will, da in der „Arbeiterzeitung“ ja auch der Genosse Löbe nur noch „ein alter Fuchs“ und „Arbeitervertreter“ genannt und wegen der Dignität des stärksten Teils der sozialistischen Arbeiterbewegung, noch auf dem Totenbette als Lump behandelt wurde.

In der „Freien Meinung“ wird ausgeführt, ich mißbillige persönlich einen in der „Volkswacht“ erschienenen Angriff gegen Genschütz und sei überhaupt mit meinen Kollegen wegen ihres angeblich ungebildeten Tones (!) gegenüber den Kommunisten und anderen Gegnern unzufrieden, und nur durch Krankheit verhindert, das auszudrücken. Daran ist ausschließlich richtig, daß ich einen längeren Krankheitsurlaub hatte, das übrige frei erunden. Den angeführten Artikel zum Beispiel konnte ich krankheitsbedingt nicht einmal lesen, geschweige denn mißbilligen. Die „Freie Meinung“ hatte während meiner Abwesenheit bekanntlich eine Polemik gegen unsere nichtpolitischen Zeit und sucht nun aneinander wieder gut Wetter. Wenn sie dabei aber auf Gegenstände in unserer Redaktion rechnet, ist sie ebenso falsch informiert wie gewöhnlich. Jmm. Birnbaum.

Unsere juristische Sprechstunde

wird jetzt durch einen Fachjuristen abgehalten, und zwar in der Woche am Dienstag von 12—1/2 Uhr

Freitag „12—1/2 Uhr“

In der Sprechstunde wird Rechtsauskunft erteilt, dagegen können schriftliche Gesuche nicht angefertigt werden.

Wir veröffentlichen von jetzt an jeden Sonnabend die Zeit für die juristische Sprechstunde und bitten unsere Leser, sich daran zu halten.

Parteifreunde!

Sammelt Gelder für den Wahlfonds!

Klebig sind die Kosten des Wahlkampfes. Arbeitgeberverbände geben wohl den bürgerlichen Parteien große Summen, ebenso Kriegsgewinnler und Schieber, wir aber können denen nur die Größten der Millionen opferwilliger Proletarier gegenüber stellen. Deshalb auf, sammelt überall und bei jeder Gelegenheit. Sammellisten sind stets zu haben im Parteisekretariat

Breslau-Stadt:

Gewerkschaftshaus, II. Et., Zimmer 35. Postfach 31158 Herrmann

Für die Provinz:

Zimmer 53. Postfach 29563, Schölich und Janotta.

Die Wertleute auf Haus Nyland.

Wer sind sie? Männer, die mitten im Leben des Alltags stehen, wurzeln in einem bürgerlichen Berufe und in Felerstunden des Lebens sich auftragen zu künstlerischer Tat, sich betreten aus den alltäglichen Niederungen, Mensch werden und die Würde mit Lieben und Schönheit besetzen, die die göttliche Flamme in unserer Brust nie verlöschen lassen wollen im aufreibenden Kampf unserer Tage und sich zu ihrem Trieb des Spenders aus der Fülle ihres inneren Erlebens demütig und rein begeben.

Von der Vereinigung „Künstlerbund der Claus Koch-Stiftung“ wurde Ende voriger Woche ein Abend diesen „Wertleuten“ gewidmet und einer aus ihrem Kreis, Carl Maria Weber, sprach schlicht tiefe Worte über die Schöpfung und das Schöpferische im Menschen. Dann las er aus Werken dieser Dichter, von denen die bekanntesten Max Barthele, Karl Bröger, Heinrich Verrich, Wilhelm Werschöten Kurt Engelke, Josef Windler sind. Den stärksten Eindruck empfing man zweifellos von den Gedichten Max Bartheles, die formvollendet, sprachschön, aus unmittelbarem Erleben quellend von einer besseren Welt singen. Die eigenen Gedichte Carl Maria Webers bewiesen Gestaltungskraft, Phantasie und in einigen den Willen zur Befreiung von den Spuren eines inhaltslosen Expressionismus.

C. M. Weber las ungenügend, mit sehr wohlklingender Stimme, ohne allerdings das Beste aus den Dichtungen herauszuholen. Trotzdem war die Wirkung durch fühlbares Nachleben der Gedichte und die eitelteilslose Innigkeit groß. gth.

Deutsche demokratische Partei.

In einer öffentlichen Wählerversammlung sprach am Sonntag normittag im großen Konzerthausaal Reichsminister a. D. Prof. Hugo Preuß. Als Schöpfer der deutschen Reichsverfassung und Mitarbeiter an der preussischen Verfassung verteidigte er sie als ein Haus, „in dem es sich wohl wohnen lasse“. Er verurteilte mit scharfen Worten die Politik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die unter einem falschen Himmelschild mit den Kommunisten zusammen bestritten seien, die demokratische Republik zu gefährden. Nur die Parteien könnten heute positive Arbeit leisten, die den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung trügen. Ueber allen Parteien müsse der Wille zum einigen großen deutschen Reich stehen, der nur verwirklicht werden könne, wenn man gleichzeitig die Selbstständigkeit der einzelnen preussischen Provinzen erhalte und so zur Ausgliederung des Reiches gelange. Im Gegensatz zu diesen vernünftigen Ausführungen fanden einige doch recht bürgerliche Bemerkungen über Steuerpolitik, die doch sagten, daß man ein Mann wie Preuß nicht aus der bürgerlichen Einstellung zu Wählerentscheidungen heraus kann. Leider wird die neue Preussische Verfassung die unte gedachten Demokraten wie Preuß in hoffnungslose Abzweigung in ihrer eigenen Praxen fangen. In der die noch recht zu bewahrenden Herren Reichard, Reichardt (früher freikommunistisch), Grund (früher nationaldemokratisch) und die neuen Reichardt haben werden.

Eine merkwürdige Übung der Sipo.

Eine hiesige Wochenzeitung berichtet: Ein ganz eigenartiges Manöver fand am Mittwoch Vormittag im Bürgerwerder statt. Die Sipo übte „Verhalten bei Volksaufläufen“. Anwesend war der Kommandeur de la Roi. Die ganze Übung schien eigentlich mehr eine Filmaufnahme zu sein, nach den getroffenen Vorbereitungen zu schließen. Das „Volk“ wurde nämlich so geregelt, wie man sich früher in Wipplidieren die Sozialisten dachte. Nämlich mit Ballonmütze, Galsstuch oder roter Kravatte. Gegen solches Volk — wie bezeichnet! — fand die Übung mit aufgelegtem Seitengewehr und dem blatt gezogenen Säbel der Berittenen statt. Autos schwirrten herum, ein entsetzender militärischer Anblick.

Was sagt der Polizeipräsident zu einer solchen geschmackvollen Übung?

Breslauer Schieber.

Von dem Landespolizeiamt sind umfangreiche Verschleibungen, bei denen Werte von vielen Millionen verdient worden sind, ausgebeutet worden. In den Verschleibungen sind die Viehhandelsfirmen Fleischhauer in Breslau, Pleemann in Breslau, Knobloch in Liegnitz und Stein in Emden beteiligt. Durch Befreiung von Angestellten der Breslauer Provinzialfleischstelle erhielten die Viehfirmen auf telephonischen Anruf binnen 24 Stunden Ausfuhrbewilligungen für jede beliebige Menge Vieh nach allen Orten. Nach den bisherigen Feststellungen konnten allein aus den letzten Monaten Hunderte solcher Fälle nachgewiesen werden, bei denen zum Teil auch schwere Urkundenfälschungen begangen worden sind.

2. Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ferner ein: Statthalb Gw. 240 Mk., Frau Schneider Palmir. 10 Mk., Theinert 5 Mk., Litz 200 L. S. W. Adlig. 7a Pöpelwitz d. Fischer 126 Mk., Litz 197 Schulfabrik Wöhlauer d. Schulz 61 Mk., Litz 198 Schulfabrik Wöhlauer d. Schulz 198 Mk., Litz 220 Stellmacher Linde-S. W. Pöpelwitz 51.50 Mk., Litz 92 Jahrmannschichten d. Bahnh. II Weihenbö. Stadt. Straßenh. 150 Mk., Litz 272 Kanal-Bauh. Wilhelmstrub 100 Mk., Litz d. Artelt 95.50 Mk., Litz 64 d. Barsh. Litz 45 Postamt VIII 86 Mk., Litz 284 Holzarb. L. S. W. Pöpelwitz d. Schaar 110 Mk., Litz 113 Personal v. Halpaus d. Sperling 223.10 Mk., Litz 241 Wurfabrik Hildebrand 115 Mk., Litz 242 Wurfabrik Hildebrand 51 Mk., L. Pöpelwitz 247.50 Mk., Distrikt 22 100 Mk., L. S. W. 33.50 Mk., R. d. W. 20 Mk., Pöpelwitz 10 Mk., Litz 176 Stadt. Straßenh. Bahnh. I 94.10 Mk., Ungenannt 5 Mk., Wagenbaumeisteri Breslauer Hauptbahnhof 100 Mk., Gilbrig 2 Mk., Berl. Entree Eudemann Berl. 650.85 Mk., Litz 251 L. S. W. Betrieb I Adlig. II 65 Mk., Litz 276 Wasserb. Kern. Dyle-Niederung 50 Mk., Litz 279 v. d. Angeheft. D. P. 94 Mk., Fuchs u. Frau 30 Mk., Scheffler 5 Mk., Wöhlauer 2 Mk., Schulz 3 Mk., Gastwirt Schwarz 10 Mk., Schöning 8 Mk., Heintze 20 Mk., F. Bernert 20 Mk., G. Ehrlich 5 Mk., W. Brud 300 Mk., Gutlich 10 Mk., Litz 10 Mk., G. Hoffmann 5 Mk., R. Schmidt 10 Mk., S. Waldmann 10 Mk., P. Böhm 10 Mk., R. Art 10 Mk., streikende Holzarbeiter 31 Mk., Litz 250 Mittelschuppen Betr. Werkt. Hauptbahnh. 94 Mk., Litz 44 v. R. XVII 19 Mk., Litz 111 Brauerei Rioke d. Klingenberg 127 Mk., Litz 273 Schlenker und Wachmannschichten 39 Mk., Litz 182 Wg. Orts-Krankent. 165 Mk., Litz 260 Wg. Orts-Krankent. 136 Mk., Litz 279 Wg. Orts-Krankent. 136 Mk., Litz 196 Beamte und Hilfsarbeiter Werkt. A. W. 73.50 Mk., Rud. Kunze 10 Mk., Stadt. Straßenwärter 31 Mk., Döpelwitz 5 Mk., Abramowst 20 Mk., Hoffmann 100 Mk., G. 50 Mk., E. Franke 20 Mk., Dr. Kanjer 20 Mk., De. von 20 Mk., A. Kirsh 25 Mk., R. Benck 10 Mk., S. Rindt 10 Mk., D. Hauke 5 Mk., B. Müller 6 Mk., Stefina 20 Mk., W. Frühau 15 Mk., R. Schweiger 30 Mk., P. Albers 10 Mk., G. Götting 10 Mk., Fincklee 5 Mk., W. Giese 30 Mk., R. Tr 20 Mk., Dr. Lummer 10 Mk., Litz 25 Mk., Tabakarb. Verb. 100 Mk., Prosta 20 Mk., Hildebrandt 30 Mk., Frühling 10 Mk., Litz 1.50 Mk., Junghe 29 Mk.

Gelder für den Wahlfonds werden im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses im zweiten Stock entgegengenommen. Dasselbst sind auch Sammellisten zu haben.

Robert Hermann, Parteisekretär;

Telephon 5652, Postfach-Konto 31158.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Goethe-Feier.

Im kommenden Mittwoch, den 16. d. Mis., werden ausgesetzene Kräfte zusammenwirken, um durch Vortrag, Gesang und Rezitation uns die Kunst des Dichters recht nahe zu bringen. Für den Vortrag ist Direktor Dr. Conzenmüller gewonnen und für die Rezitation Frau Eva Arbeiterfreig-Practorius. Der als Sänger des Abends ausersehene Konzertsänger Theodor Martin hat krankheitsbedingt ablagen müssen. Man ist es aber gelungen, für die Schlußfächer Lieder den Opernsänger Max Roth zu gewinnen, gewiß eine besondere Freude für alle diejenigen, die die herrliche Stimme dieses Sängers von unseren Stadttheater-Vorstellungen her kennen. Eintrittsprogramm (alle nummeriert) zum Preise von 220 Mark sind an den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich.

Der Kleinhandelspreis für das auf Lebensmittelmarken zur Verteilung gelangende amerikanische Weizenmehl beträgt vom 16. Februar 1921 ab 225 Mk. für ein halbes Pfund. Den Kleinhandlern wird der Preisermäßigung für die noch vorhandenen Bestände vergütet werden.

Stadttheater. Heute abend 7 Uhr neu einstudiert „Aida“. Morgen Mittwoch abend 7 Uhr „Tosca“, Donnerstag 7 Uhr „Die Zauberflöte“.

Ein Wunder der Wissenschaft. Der zur Zeit in der „Schauburg“ (Victoria-Theater) gastierende Künstler „Laurella“, der Mann mit dem dreifachen Kopf, zeigte sich am Freitag, aufolge einer Einladung der Herren Professoren des Allerheiligen-Hospitals im vortigen Hofsaal. Es fanden dort vorliebende Röntgen-Aufnahmen statt. Laurella hatte bei der großen Zuhörerschaft großes Interesse erweckt und ist ein Kuriosum festener Art. Das Gastspiel des Künstlers im „Victoria-Theater“ dauert nur noch bis 17. d. Mis.

Wem gehört der Hund? Am 31. Januar ist einem festgenommenen Mann ein schwarzer Wachhund abgenommen worden. Das Tier ist etwa 55 Zentimeter groß, hat weißbraune Schnauze, weißen Streifen von der Stirn bis zur Schnauze, braune Beine, weiße Brust und weiße Fußspitzen. Der Eigentümer melde sich Zimmer 39 des Polizeipräsidiums.

Seibe für 3000 Mark gestohlen wurde am 12. aus dem Lager Junfermannstraße 15. Es handelt sich um 25 Meter bla gold-bürdewirte Seibe.

Eine Schankwirtschaft geplündert haben Einbrecher in der Nacht zum 11. dieses Monats Löwenstraße 39. Verschlebene Kisten, Räucherkerzen, Wurst, Zigarren und Zigaretten sind als Beute fortgeschleppt worden.

